

# Unparteiische Tagesblatt

Bezugpreis in der Stadt für 100 Hefen monatlich 35.50 Mk., durch Boten bezogen monatlich 38.00 Mk., bei Postbezug monatlich 32.00 Mk. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 2.00 Mk. Postkontingent: 16 654. Geschäftsstelle: Kallertstraße 4. Für unentgeltliche Anzeigen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis: Der 5spaltene Millimeter Satzraum 2,00 Mk. und der 4spaltene 1,50 Mk. Die laufende Monatskündigung wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6,00 Mk. in Zahlung genommen. Hefenpreis 75 Pf. Porto besonders. Anzeigen in 10 Uhr Vormittags 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balg.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 189.

Montag, den 14. August 1922

162. Jahrgang.

### Tageschronik

- 1. London wurde bisher über keinen Punkt eine Einigung erzielt.
- Die nächste Vollziehung der Konferenz findet heute statt.
- Die Reichsregierung legt in zwei Protokollen an die französische Regierung die Notwendigkeit der Ausweisungen und Restriktionsmaßnahmen dar.
- Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Bayern.

### Der Kampf um Bergwerke und Porzellan. „Die Klust tiefer denn je“.

London, 14. August. Die alliierten Finanzminister und Finanzfachverständigen haben erneut verhandelt. Der größte Teil der Erörterungen bezog sich wieder auf die Kontrolle der Bergwerke und Porzellan. Die französischen Sachverständigen fordern auch das Recht, zur Entwertung der Bergwerke und Porzellan zu streifen, falls der Deutschland einen neuen Verstoß gegen seine verpflichtenden Verpflichtungen zu Schulden kommen lasse.

Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß der Friedensvertrag den Alliierten zwar eine Hypothek auf den Gesamterfolg des Reiches einräumt, daß nach englischem Recht aber der Wirtinhaber nur im Falle einer Generalliquidation belangt sei, die Hand auf diese Pfänder zu legen. Er habe unter keinen Umständen das Recht, einzelne Pfänder aus der Masse herauszugreifen, um sie sich anzueignen oder sie gegenwärtig zu verwerten. Die Franzosen vertreten unter Berufung auf das französisch-römische Recht einen entgegengelegten Standpunkt. Die Engländer machen ferner geltend, daß bei der von Poinecare vorgeschlagenen Beschränkung der Staatsgruben und der Staatsforsten es sich nicht um die Verteilung der Pfänder, sondern um angelegene Sanktionen handelt, die nur dann zulässig seien, wenn die Reparationskommission zur Vornehmung der vollständigen Wiederherstellung von Seiten Deutschlands konstatiert habe. Die englische Ansicht ist weiter, daß nur eine Auflistung über Bergwerke und Porzellan angeführt werden solle, im Falle Deutschland in Verzug gerät. Die französische Ansicht ist, daß in jedem Falle eine Kontrolle stattfinden soll. Es hat auch eine beträchtliche Erörterung stattgefunden über die genaue Bedeutung des Begriffes „Kontrolle“. In der Frage der Bergwerke und Porzellan ist noch kein Kompromiß in Sicht. Die anderen französischen Vorschläge wie die Kontrolle am Rhein, die Frage des Untergelbes und des süddeutschen Märtes an deutschen Gebieten sind ebenfalls noch unerledigt.

Weiter zufolge sind die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses über die Kontrolle der deutschen Bergwerke und Porzellan auf einem toten Punkt angelangt. Die Klust zwischen den Alliierten ist tiefer als je.

### Keiner gibt nach.

Ein kurzfristiges Moratorium unter geringeren Garantien? London, 14. August. Es ist eine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß man sich auf ein kurzfristiges Moratorium einläßt und die genaue Fälligkeit der deutschen Zahlungsverpflichtungen auch für ein längeres Moratorium erforderlichen Garantien erst in einigen Wochen wieder aufnehmen wird. Auch in französischen Kreisen wird angenommen, daß man sich zunächst auf ein zweimonatliches Moratorium mit entsprechend verringerten Garantien einigen werde. Bis dahin würde nur eine Suspendierung der Zahlungen in Wesen, befristet auf die Erhebung der 26 Prozent, beschließen werden.

Ein ausdrücklich als offiziell bezeichnetes französisches Kommuniqué unterrichtet uns, die Erwartungen auf eine nachgiebigere Haltung Poinecares, die sich infolge der Londoner Berichte eingestellt hatten, entschieden zu dämpfen. Das Kommuniqué erklärt, daß die Verhandlungen, daß die Unterredungen zwischen Poinecare und Lloyd George etwas heftig gelaufen seien, ebenso unrichtig seien wie die Meinungen, wonach Poinecare sein Garantieprogramm aufgegeben habe. Der französische Ministerpräsident verhalte in unveränderter Weise auf seinem Standpunkt, daß Deutschland nur unter der Bedingung „Provisionärer Garantien“ ein Moratorium gewährt werden könne. In ihren Gegenanschlägen habe die englische Regierung bisher nur das Prinzip dieser Garantien genehmigt; aber die Garantievor schläge selbst habe Poinecare bisher für ungenügend befunden und eine definitive Einigung sei infolgedessen bisher nicht erzielt worden.

Nach dem „Reit Journal“ hat der englische Schatzkanzler Sir George an Schluß seines Erprobtes erklärt, daß, wenn er seine Gedanken völlig zum Ausdruck bringen wollte, er feststellen müßte, daß Deutschland nicht nur ein Moratorium für zwei, sondern ein solches für zehn Jahre gewährt werden müßte.

### Fransösische Drohungen.

Montag Vollziehung.

Nach Meldungen aus London wird Lloyd George am Montag früh von seinem Anwalt über nach London zurückkehren. Dann wird sofort die offizielle Sitzung beginnen. Die Franzosen haben bei einem Nichterscheinen Lloyd Georges mit dem Druck der Beziehungen zu England und erklären, daß Frankreich unter solchen Umständen

### eine Kontinentalpolitik

beginnen müßte. Unter Ausschluß Englands werde man mit Deutschland und den übrigen Ländern Europas Sonderabmachungen treffen. „Le Soir“, „Matin“ und andere Blätter fordern Poinecare auf, am Montag eine endgültige Entscheidung herbeizuführen und, falls England auf seiner Unnachgiebigkeit beharre,

seine völlige Handlungsfreiheit zurückzunehmen.

Es wird auch mit dem Gedanken von militärischen Zwangsmaßnahmen geteilt.

### Bergmann doch in London?

Die Blätter berichten aus London, daß am Sonnabend nachmittag der ehemalige Staatssekretär Bergmann in London eingetroffen ist. Er habe in Unterredungen mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten darauf hingewiesen, daß sich für Deutschland ganz unmöglich sei, die Bedingungen anzunehmen, über die sich die drei Ministerpräsidenten am Freitag geeinigt hätten. Er werde hoffen, daß Lloyd George starken Eindruck gemacht haben.

### Die neue Kultursehnde Frankreichs.

Ein Eklat über die Ausweisung.

Einer der ausgewiesenen Eklat äußerte sich folgendermaßen über die unerhörte rechtswidrige Brutalität der französischen Nachpolitik:

Der Ausweisungsbefehl hat in Eklat-Verbringen große Aufregung hervorgerufen. Niemand fühlt sich sicher, ebenfalls den Ausweisungsbefehl zu erhalten, denn die jetzt ausgewiesenen 500 Deutschen sollen ja erst - wie verschiedene französische Organe erklären - den Anfang bilden! Das Mikrofon ist dazu, daß dem Familienrat außer seinem „Handgepäck“ nur gestattet wird, Werte im Betrage von höchstens 10 000 Mark auszuführen, während dem Unverheirateten nur die Mitnahme von 5000 Mark Wertgegenständen gestattet ist. Dies bedeutet für die Familien die

### Zurücklassung ihres gesamten Mobiliars;

Der Bedie darf höchstens einen Koffer retten. Als völlige Kultursehnde haben, in jedem Fall, Antwort aus Frankreich, hat das französische Generalkonsulat sich - leider ohne Erfolg - gegen die Ausweisung gewandt. Die französische Oberbehörde soll in einem Schreiben nach Paris auf die gefährliche politische Wirkung der Ausweisungen aufmerksam gemacht haben. In jedem Fall, Antwort aus Paris geblieben. In Straßburg weiß man eben, daß die Deutschen, die jetzt vertrieben werden, sich einer irgendwelchen gegen die französische Verwaltung gerichteten Tätigkeit nicht schuldig gemacht haben. Die ganze Ausweisung verfolgt politische Ziele. Man fürchtet in Paris, daß die Güte von den englisch „erkauft“ Gebieten jetzt der Welt offenkundig werden könnte; denn überall wächst die Unzufriedenheit mit der französischen Regierung. Jetzt will Frankreich durch die Ausweisungen verdeuten, wie in Wirklichkeit die Stimmung der öffentlichen Meinung ist, und deshalb werden man mittelalterliche Folterartikeln an

### Der deutsche Protest gegen die Ausweisungen.

Die Reichsregierung hat der französischen Regierung eine Note überreicht, in der der entschiedene Protest gegen die Massenausweisungen aus dem Eklat eingeleitet wird. Es heißt in der Note:

Nach den Grundfragen des Völkerrechts ist es zwar jedem Staat unbenommen, einzelne fremde Staatsangehörige aus fremdenpolitischen Gründen aus seinem Gebiet auszuweisen.

Eine Massenausweisung, die Hunderte von Angehörigen eines bestimmten Staates plötzlich und unvorbereitet ihrer Heimat beraubt, widerspricht dagegen jedem völkerrechtlichen Verbotem und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme. Diese Maßnahme muß die Ausgewiesenen un- in härter treffen, als die französische Regierung ihnen fast vier Jahre lang nach Aufhebung der Feindschaften den Aufenthalt in Eklat-Verbringen gestattet und damit die Hoffnung in ihnen erweckt hat, weiter in ihrer Heimat bleiben und ihrem Gewerbe nachgehen zu können.

Im übrigen ist ein innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht ersichtlich. Die Geldbeträge, deren Mitnahme gestattet ist, sind völlig unzureichend. Der für eine ganze Familie festgesetzte Betrag von 10 000 Mark entspricht zur Zeit dem Wert von 2/3 englischen Pfund oder 1 1/2 Dollar.

### Schließt die Reihen!

Während die meisten Volksgenossen dem politischen Leben gleichgültig gegenübersehen, verzettelt die Minderheit, die sich mit politischen Dingen eingehender befaßt, ihre Kräfte im allgemeinen in dem Parteigewühl um oft belanglose Kleinigkeiten. Dabei geht naturgemäß viel, die wie fastiziert auf den innerpolitischen Gegner starren, der Blick für Geschehnisse der großen Politik verloren, und ein geschlossenes Auftreten nach außen hin wird fast zur Unmöglichkeit.

Nur infolge dieser von jeder für die deutsche Politik unheilvollen geistigen Einstellung, der wir letzten Endes auch den Verlust des Krieges verdanken, war es möglich, daß der Mann, der zur Zeit den Reichstagspräsidenten befehligt, sich vor kurzem zu der Verkörperung verhalten konnte: „Der Feind steht rechts“. Statt mit solchen billigen Schlagworten in der erbitterten Kampfe lebenden Volksgenossen weiter gegeneinander zu treiben, müßte es die Aufgabe eines seiner Verantwortlichen bewußten Staatsmannes sein, dem inneren Parteigewühl nach Möglichkeit die Spitzen abzubrechen und das gesamte Volk zur Lösung großer Aufgaben zusammenzuführen.

Von einer solchen Einheitsfront wird zwar seit Jahren viel geredet, aber trotzdem sind wir die nicht näher gekommen, denn jeder, der davon spricht, stellt sie sich verschieden vor. Der eine denkt etwa an den Herrgottsorden oder den Vöhrischen Ordnungsbund, der andere an eine Einheitsfront dessen, was er unter den schaffenden Ständen versteht. Auf diese Weise reden wir uns immer mehr auseinander. Trotzdem ist die Schaffung einer einheitsfront nicht unmöglich, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt werden.

Zunächst muß man sich auf allen Seiten darüber klar werden, daß die Einheitsfront nur ein beschränktes Wirkungsfeld haben und sich nicht auf die Hauptfragen der inneren Politik erstrecken kann. Es wird niemals möglich sein, auf dem Gebiete der Steuerpolitik und in Kulturfragen wie der weltlichen, Simultan- oder Befehmsfrage das gesamte Volk zu der gleichen Ueberzeugung zu bringen. Wenn man nicht dem Herrgottsorden einer unpolitischen Einheitsfront auf allen Gebieten ewig nachlaufen will, ohne es jemals erreichen zu können, so muß das Programm zu der zu bildenden Einheitsfront auf ein bestimmtes, fest umrissenes Gebiet beschränkt sein. Arbeiten hier alle Parteien zusammen, so wird das wesentlich dazu beitragen, den politischen Kampf dort, wo er weitergeführt werden muß, sachlicher zu gestalten und das politische Leben zu entgiften.

Wie kann nun aber die zweite Voraussetzung, die Einigung und Zusammenfassung der Parteien zu einem bestimmten Arbeitsprogramm erfüllt werden? Diese Voraussetzung ist allein möglich in manchen Fragen der auswärtigen Politik, die heute infolge mitterer Parteigewalters allseits in den Hintergrund treten. Da handelt es sich nicht um belanglose Kleinigkeiten, sondern es geht um Leben und Sterben des deutschen Volkes. Aber auch hier gibt es zunächst nicht und ruhig anzuerkennen, daß nicht in allen Fragen der auswärtigen Politik eine einheitsfrontige Auffassung vorhanden ist. Es sei nur an die sich diametral entgegenstehenden Ansichten über die Berechtigung der sogenannten Erfüllungspolitik erinnert. Dagegen sollte es keine Meinungsverschiedenheiten geben in der Karbinfrage unserer auswärtigen Politik, in dem Kampf für die Revision des Versailler Vertrages, in dem Kampf für die Revision des Versailler Vertrages, in dem Kampf für die Revision des Versailler Vertrages. Hier können und müssen alle Volksgenossen, alle Parteien zusammengehen. Mag der eine das Ziel durch Einwirkung auf die Volksmassen in den feindlichen Ländern, der andere durch Aufhebung der Kriegsschuldfrage oder auf andere Weise zu erreichen suchen, für alle, die durch die deutsche Schicksalsgemeinschaft miteinander verflochten und verbunden sind, bleibt das Ziel das gleiche.

Was wir erreichen können, wenn wir unter Zurücklassung aller Parteigegensätze nach außen geschlossen auftreten, das hat der Erfolg bewiesen, den das „Reich“ des germanen deutschen Volkes zur Folge hatte, als die Entente die Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher“ verlangte. Gleich erfolgreich war der gemeinsame Kampf aller Stände und Parteien in den bedrohten Grenzgebieten, in denen Volksbestimmungen stattfanden, wie in Eklat und Westpreußen, Schleswig, Oberfranken. Überall wurden übermächtige Mehrheiten für das Verbleiben beim deutschen Mutterlande erzielt, weil in brüderlicher Treue Deutschnationalen, Sozialisten und Zentrumsleute, weil alle Parteien miteinander marschierten. Der Schutz des Deutschlands in den bedrohten Gebieten und der Kampf für die Vereinigung aller Deutschen im gemeinsamen Vaterlande muß für jede deutsche Partei eine selbstverständliche Forderung sein. Hier dürfen die Parteien nicht gegen einander, sondern nur mit einander treten. Wenn alle bei diesem

Stärke gemeinsam vorgehen, so kann dieses gemeinsame Arbeitsfeld zu einer Stimmzelle werden, aus der sich eine geschlossene Einheitsfront gegen jeden äußeren Feind allmählich entwickelt. Dann wird nicht mehr von dem Feind, der rechts, links, hinten, die Rede sein, sondern als Feinde werden allein diejenigen angesehen, die dem deutschen Volke die Selbstbestimmung unter den Hölzern der Erde verweigern und es für immer zu einem Kolonialstoffs herabwürdigen wollen.

Eine solche Entwicklung bedeutet keine Heberlebung und künstliche Vertuschung innerpolitischer Gegensätze, die nun einmal vorhanden sind. Aber vor gemeinsam mit den Angehörigen der übrigen deutschen Parteien sich für das beehrte Deutschland der Grenzmarken, für den deutschen Gedanken und die Befreiung des deutschen Volkes vom Verfall der Sklavensaat einsetzt, der wird auch auf den Gebieten der inneren Politik, wo tiefe Gegensätze lauern, den Weg zu einer friedlichen und berechneten Auseinandersetzung mit dem politischsten Gegner finden, von dem er dank gemeinsamer Arbeit weiß, daß er kein „Feind“, sondern sein mit ihm in Not und Tod verbundener Schicksalsgenosse ist.

Die Ausgewiesenen werden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt.

Die deutsche Regierung legt gegen die getroffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung hiermit nachdrücklichst Verwahrung ein.

**Wegen der Retorsionsmaßnahmen**  
hat die Reichsregierung ebenfalls eine Protestnote nach Paris gerichtet, in der es u. a. heißt:  
Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die französische Regierung ihrem Wunsch, die weitere Behandlung der Ausgleichsangelegenheit bis zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückstellen, nicht entsprochen hat. Die von der französischen Regierung mitgeteilten besonderen Maßnahmen finden in dem Vertrag von Versailles und in den mit der deutschen Regierung getroffenen ergänzenden Abkommen, insbesondere dem Abkommen vom 10. Juni 1921, keine Grundlage und können auch mit dem Regeln des Völkerrechts nicht begründet werden.

Die deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 22. Juli d. J. lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt, dessen Ratifizierung infolge der inzwischen eingetretenen Markt-Erweiterung für Deutschland antragbar geworden worden war. Die deutsche Regierung hat hiermit die unabweislichen Folgen aus einer Entwidlung gezogen, die unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren Interessen eingetreten ist. Wenn die französische Regierung das Entbindungsgesuch, ohne die Erfüllung der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, als Zwangsmaßnahmen beantwortet hat, die bestehenden Verträge verletzt, so liegt darin ein schweres Unrecht. Ich bin daher demnach, gegen die Maßnahmen Verwahrung einzulegen und um ihre Aufhebung zu ersuchen. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkte beharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedspruch über die Rechtmäßigkeit der ergriffenen Anordnungen herbeizuführen.

## Die Vereinbarungen mit Bayern.

**Grundsätzliche Zustimmung der bayerischen Regierung.**

Die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung am 9. und 10. August 1922 erfolgten Verhandlungen hatten folgenden Ergebnis:

1. Die bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die unter dem 24. Juli 1922 erfolgte Verordnung zum Schutze der Verordnungen der Republik spätestens am 18. August 1922 mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben.

2. Die Reichsregierung erklärt:

A. Zum Schutze.  
1. Für die Abgabe von Unterfahrungen an die bayerischen Staatsanwaltschaften und für die Stellung von Anträgen auf Vernehmung zum ordentlichen Verfahren wird der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nur solche Sachen gelangt sind, deren Bedeutung es erheblich ist, daß ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reiches angefallen erscheint. Die Überweisung der Sachen an die bayerischen Gerichte wird deshalb die Regel bilden. Insbesondere werden Sachen, deren Interesse sich auf ein einzelnes Land oder auf engere deutsche Kreise beschränkt, den Landesbehörden überwiesen werden.

2. Bei der Zusammenfassung vollziehbarer Tätigkeiten in einem Lande wird die Zuständigkeit der bayerischen Landesbehörden dieses Landes bedingend. Sowie aus besonderen Gründen eine Mitwirkung auswärtiger Vollbeamter in einem Lande nötig wird, werden diese nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der bayerischen Stellen tätig werden.

3. Bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes wird jede Einseitigkeit vermieden werden. Die Auswahl wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkte der persönlichen Eignung zur richterlichen Tätigkeit erfolgen. Sie wird sich auf Personen erstrecken, die in der Öffentlichkeit das für ein Mitglied eines höchsten Gerichtshofes nötige Ansehen haben. Die besonderen Interessen der Länder werden bei der Auswahl berücksichtigt werden. Es werden mehrere Senate gebildet und Verteilung und Geschäftsbereiche unter dem Gesichtspunkte des örtlichen Strikings der Sachen an den Ländern geregelt.

B. Zum Beamtenfrage.  
Die etwaige Verlegung oder Aufhebung der Reichsdienstverordnungen soll nicht ohne Zustimmung der bayerischen Regierung erfolgen, in deren Bereich die Kammer errichtet ist. Von der Befreiung des Artikels IV des Reichsgesetzes über die Befreiung der Beamten zum Schutze der Republik wird die Reichsregierung gegenüber solchen Beamten, deren Tätigkeit auf ein einzelnes Land beschränkt ist und die Angehörige dieses Landes sind, nur Gebrauch machen, nachdem sie der Regierung dieses Landes Gelegenheit zur Hebung gegeben hat.

C. Zum Reichsminister.  
Die Landesverwaltungen sollen freie Hand haben, wie sie die Landespolizeibehörden ausüben. Insbesondere die Zahl der Polizeistellen, die räumliche Abgrenzung ihrer Geschäftsbereiche und ihre etwaige räumliche Angliederung an andere Landesbehörden soll der Entscheidung der Landesregierungen überlassen sein. § 2 wird lediglich bindend vorzulegen, daß Bestraffungsmaßnahmen und -stellen überhaupt einzurichten sind.

Überster Grundlag ist der Durchführung des Gesetzes sein, die Exekutive den Ländern zu überlassen. Nur dann, wenn es im dringenden Interesse des ganzen Reiches liegt, daß ein Einzelfall — ein nach den Straf-

gesetzen strafbarer Tatbestand — einseitig im ganzen Reichsgebiet polizeilich bearbeitet wird, weil nur so eine möglichst rasche und wirksame Verfolgung gesichert erscheint, soll eine Ausnahme gemacht werden dürfen, falls tatsächliche Verhältnisse dafür liegen, daß eine Ermittlungstätigkeit in einem bestimmten Lande notwendig ist.

**Erklärung der Reichsregierung.**  
Die Reichsregierung erklärt ferner:  
Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre, besonders durch den Aufbruch der Bewegung zum Schutze der Republik, ist in einzelnen Ländern die Reichsregierung entstanden, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig daran gerichtet sei, die Zuständigkeiten der Länder fortzuschreiten einzuschränken, sie letzten Endes ihres staatlichen Charakters zu entkleiden und das Reich immer mehr zum Einheitsstaate zu gestalten.

Diese Aufgabe entbehrt der Begründung. Die Lebensnotwendigkeiten anderer durch äußeren Druck zu innerer Einheitspolitik genötigten Völker haben eine Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches notwendig gemacht. Diese Erweiterung hat aber nach menschlichem Ermessen ihren Endpunkt erreicht. Die Einschränkung der Polizeiherrschaft und der Justizherrschaft durch das „Schutzesetz“ ist zeitlich begrenzt.

Der höchstschonliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit des Reiches sind in der Reichsverfassung anerkannt. Die Reichsregierung ist nicht willkürlich, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Kompetenzen der Länder an sich zu ziehen. Sie hat die Verantwortung, daß die einseitigste Einschränkung der Länder der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches und deutscher Kultur entspricht, und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in lebendigen engeren Gemeinwesen die beste Gewähr reichsverbundener Einordnung in das Ganze der Nation ist.

Der bayerische Minister hat seinen früh zusammengetreten, um über das Ergebnis der Berliner Beratungen Bericht zu fassen. Später traten zu diesem Zweck auch die Führer der Koalitionsparteien zusammen. Wie verlautet, soll im Ministerrat das Ergebnis der Berliner Verhandlungen in allen Einzelheiten aufgeführt worden sein. Dagegen sollen gewisse Einzelheiten — jedoch nicht von wesentlicher Bedeutung insbesondere betreffend das Reichsstrafpolizeigesetz und Änderungswünsche bei einzelnen Koalitionsparteien geäußert haben.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei ist für Mittwoch, den 16. August einberufen. Am gleichen Tage ist der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei zur Ziel-einberufung und am folgenden Tage der Fraktion und der Landesausschuß der Bayerischen Mittelpartei und wahrscheinlich auch die Fraktion des Bayerischen Bauernbundes zusammen.

## Gesundnis der Kasseler Attentäter.

Die Oberstaatsanwaltschaft Cassel teilt mit, daß der Anschlag auf den Oberbürgermeister Scheidemann, soweit die Tat in Frage kam, namentlich völlig aufgeföhrt ist. Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Cassel in Folge festgenommen angeschuldigten Hülfer und Helfer sind in der Regel nach dem Kasseler Urteil einmündig abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Verabredung gemeinsam ausgeführt. Als im Abfingertagmittags die Oberbürgermeister in die Straßenbahn steigen sahen, fand sie ihm gefolgt. Nach dem Anschlag wurde die Fahrgasthöhe durch den Wald hinter ihn hergegangen. Die Fahrgasthöhe in einem Wechsellager die Blaueaufreife. Außerdem führten sie eine Wechsellager mit sich. Auf dem einseitigen Weg nach Hülfergeleit hielt Diebstahl den Zeitpunkt zur Ausführung der Tat für gekommen und übergab die Fahrgast dem Hülfer mit den Worten: „Nun mach's! Hülfer hat dann in der bekannten Weise dem Oberbürgermeister die Blaueaufreife ins Gesicht gedrückt. Diebstahl hielt sich in unmittelbarer Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, hielt er sich zurück und ergriff seine Wutent die Faust. Ueber die Herkunft der Blaueaufreife verweigern beide jede Auskunft.

## Halbes Gerücht.

Unter dieser Heberlebung seien wir in der „Nationalen“ einen Korrespondenz folgende Parole, die sich auf eine von uns getragene Klage „Wahlmangel“ bezieht. In einigen Wählern der Provinz wird eine Berliner Meldung verbreitet, wonach die Demokratische Partei eine Verzichtserklärung mit der Deutschen Volkspartei in Aussicht genommen habe. Nach Versicherungen von führenden Parlamentarier dieser beiden Parteien, ist es in der That nicht zu den Verhandlungen nach dieser Richtung bereits gekommen, die Fassung soll sogar schon im Herbst abgeschlossen werden. Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so können wir erklären, daß die Wahrheit jeder Grundlage entbehrt. Es haben keine Verhandlungen dieser Art stattgefunden, noch sind solche beabsichtigt.

## Derweilungskämpfe um Cork.

London, 14. August. Die Kämpfe um Cork waren blutiger, als man bisher annahm. Die freischafflichen Truppen kämpften noch in der Vorstadt der Stadt. Die Anhänger der Valeras haben sich in einigen Teilen der Stadt noch hart verhalten und gegen den Angreifen heftigen Widerstand entgangen. Die Belagerung nach von langer Dauer sein, da bedeutende Nebelkugelnstellungen sich in Entschlossenheit der Stadt nähern, um die de Valera-Garnison zu unterliegen.

## Der Zentralführer Griffiths.

Der Führer der irischen nationalen Regierung, Arthur Griffiths, ist Sonnabend am Herzschlag gestorben.

## Das Programm des Faschismus.

Zu Form einer Unterredung mit Mussolini veröffentlicht der „Mattino“ in Rom das Programm des Faschismus. Der Führer der „Schwarzen Hand“, dessen Politik der Tat durch den jüngsten fasschistischen Sieg über den Landesführer einen neuen Antriebs erhalten hat, erklärte, daß Ende Oktober der Generalfeld der Faschisten zur entscheidenden Sitzung in Rom unter dem Vorsitz des ganzen Reiches zusammenzutreten werde. Der Weg nach Rom sei aber schon jetzt irrefühlig durchaus möglich, da die adriatische und die tyrrhenische Küste und der Überlauf vollkommen in der Hand der Faschisten seien. Doch werde der Vorrang des gesamten Reiches von 300 000 Faschisten Sünden nicht nötig sein, da inzwischen die politische Basis Italiens eine Veränderung erfahren werde. Die Faschisten wollen aber auf jeden Fall eine Macht im Staate werden. Da dazu ein Staatsrecht nötig sei, ist ungenügend, aber möglich, denn das Facta-Kabinett ist ungenügend, keine Regierung. Die Verwahrer stehen vor der Tür. Alle Staatsbeamten, welche am Landesstreik teilnahmen, wurden scharf gemahnt, die Hilfsbeamten ohne weiteres entlassen. Die Strafen treffen 50 000 Mann.

## Aus Stadt und Umgebung

**Personalien.**  
Die Regierungsbauführer A. M. a. n. und F. r. o. h. n. wurden zu ledigen Regierungsbauführern ernannt.

**Ihren 80. Geburtstag**  
feiert heute in Gesundheit und voller geistiger Frische die Mutter des hier wohlbekanntesten und beliebtesten Choralprofessors Wedding. Wir wünschen dem Geburtstagskind noch einen recht gesegneten Lebensabend in Mühseligkeit und Zufriedenheit.

## Der Sommer nimmt Abschied

und der Herbst naht. Die goldene Wehen des Jahres, infolge ihres Entlassungsganges und der verlebtenen Färbung die Stundenbesitzer des Sommers, sind meist geboren. Wo sie noch vor kurzem im Wehen des Sommerwindes freudlich hin und her nisteten, da breiten sich jetzt tiefe Stoppfäden über die Erde. Die ersten Schritte der ersten grauen Herbstschatten hängen. Die Ratten, die wieder am Ziele ihres Jahresweites. Nur die letzte Garbe harrt hier und dort noch der kühlgelben Zenne. Sie ruft ihrem Schöpfer, dem scheidenden Sommer, dem Abschiedsgruß nach, der zugleich ein einmütiges Zeichen des nahenden Herbstes wird. Der Abschiedsgruß hat für Alters, ähnlich wie die Erntingabe, im Mittelpunkt mancherlei Gedächtnisse gestanden. Man glaube, daß die Natur überall belebt sei von verlorficht sich aufstehenden Geistern und Dämonen. Auch das Getreidefeld barg solche. Die Schritte der Wehen würden sie zurück, und welche dem scheidenden Sommer die demodt traf. Er verließ in schwere Krankheit. Sie schlüpfte sich in die letzte Garbe. Für solche Getreibegelehrte hielt man den Hahn, den Wolf und viele andere Tiere. Sie blieben nach der Meinung der einen solange in der letzten Garbe, die noch ihren Namen benannt wurde, als sie Körner enthielt. Andere glaubten, den verborgenen Geist erst durch Stöße töten zu müssen, ehe die letzte Garbe eingehoben wurde. Daraus entstand später ein Entsepfel. Ein wirtlicher Hahn in die letzte Garbe führen, aus den aus den Wehen vertrieben geflohenen Ähren geblieben wurde totgeschlagen. Heute ist dieser Brauch zu einem feierlichen, allgemein bekannten Kinderpiele geworden. Wo ein Kinderfest veranstaltet wird, da fehlt das Hahn- oder Getreidefeld nicht. In manchen Gegenden Norddeutschlands läßt man einen kleinen Teil der Ähren auf dem Felde stehen, den „Vergodendebtraut“, den Anteil der Frau Goode, oder man opfert die letzten Ähren unter launigen Späßen und Weisen zum Dank für den Erntegott. Frau Goode ist Frau Polle, und in der Umgebung von Göttingen sagt man, daß die nicht geschrittenen Ähren „von Frau Polle“ seien.

## Wehr Rüstung auf reisende Kinder!

Der Reichswehrminister hat die Reichsstaatsdienstellen angewiesen, auf reisende Kinder besondere Rüstung zu nehmen. In dem Erlass heißt es: „Der Verbesserung erholungsbedürftiger Kinder, gleichviel ob es sich um deutsche oder ausländische Kinder, die nach dem Ausbruch der Ähren auf den Ähren in Deutschland verpflegt werden, oder um Kinder fremder Staaten handelt, die Deutschland im Durchlauf berühren, ist besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wird empfohlen, daß die Kinder, die sich in der Ausreise befinden, geeignete Wagen verwendet werden, die für den Durchlauf einmündigem Zustand befinden. Für die Sammlung der Kinder auf den Ausgangsbahnhöfen, sowie für das Umsetzen auf Unterpoststationen werden, soweit erforderlich, geeignete Räume bereitgehalten, aus denen die Unterbringung und beim Umsetzen, soweit dies ohne besondere Kosten zugänglich ist, wirksame Unterstützung geleistet und den Vätern und Seldern zur Hand gegangen werden.“ Sollen sich nicht dieser Hinweis überall — und nicht nur von den Elternhaus! — bezieht.

## Neue Zuckerteuerung in Sicht.

Die Zuckerteuerung, die sich in den beiden letzten Monaten in einer ungenügenden Weise ausgedehnt hat, macht auch jetzt noch nicht halt. Die Preise für Zucker, die sich im letzten Monat September die Preise für in- und ausländischen Zucker sehr erheblich in die Höhe gehoben werden. Es ist ziemlich über, daß Inlandszucker für den 30. März pro Zentner pro Zentner für den 30. März für Inlandszucker vorausgesetzt, daß die deutsche Zucker nicht noch weiter erhöht wird, 50-55 Mark pro Zentner verlangt werden wird. In den Kreisen des Zuckergroßhandels verlangt man, daß eine Angleichung der Preise für Inlandszucker und ausländischen Zuckers unbedingt notwendig ist. Die Botschaft an die in der Sache außerordentlich aufmerksamen und die Ausföhren für die kommende Zuckerteuerung in Deutschland mehr als trübe.

## Die hohen Pferdepreise.

Trotzdem der Pferdebestand in den letzten Jahren wieder erheblich zugenommen hat, sind die Preise für alle Gattungen ständig gestiegen. Die Preise für die Pferde aller Gattungen sind im Jahre 1922 folgende: 1914 650-1150 Mark, 1915 650-1150 Mark, 1916 650-1150 Mark, 1917 650-1150 Mark, 1918 650-1150 Mark, 1919 650-1150 Mark, 1920 650-1150 Mark, 1921 650-1150 Mark, 1922 650-1150 Mark. Die Preise für die Pferde aller Gattungen sind im Jahre 1922 folgende: 1914 650-1150 Mark, 1915 650-1150 Mark, 1916 650-1150 Mark, 1917 650-1150 Mark, 1918 650-1150 Mark, 1919 650-1150 Mark, 1920 650-1150 Mark, 1921 650-1150 Mark, 1922 650-1150 Mark.

## Kriegsgräberfürsorge, Vorbereitungen zu Allerheiligen und Totensonntag.

Den meisten Angehörigen von Gefallenen ist noch unbekannt, daß der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. B. ebenso wie in den westlichen Ländern auch in den östlichen Ländern, die Angehörigen der Gefallenen in den Verbindungen unterhält, auf Grund dieser es ihm möglich ist, besondere Wünsche für die Anstandsbestellung über ein Kriegsgrab oder für die Schließung eines Grabes zu erfüllen, vorausgesetzt, daß das fragliche Grab an Ort und Stelle aufgefunden werden kann. Der Volksbund hat im Hinblick seiner Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ ausführlich Rechenschaft über seine umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete ab. Er führt seinen Schriftverkehr bisher mit über 10 Millionen Angehörigen aus: Franzosen, Belgier, Engländer, Italiener, Portugiesen, Rumänen, Griechen, Griechen, Bulgaren, Serben, Tschechen, Türken, Indier, Arabier, Afrikaner, Dänen, Schweden, Niederländer, Amerikaner, Australier, Japaner, sowie Angehörige aller Nationen und trägt den Gedanken der Erhaltung unserer Kriegsgräber in alle in Frage kommenden Länder. Die zahlreichen Berichte des Zeitschrifters zeigen besonders eindringlich, wie notwendig diese Arbeit ist. Für die





# Beilage zu Nr. 189 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 14. August 1922

## Sport vom Sonntag des „Merseburger Tageblattes.“

### Der Fußballsport des Sonntags.

Wenn man im Betracht zieht, daß wir mitten im August, also mitten im Hochsommer leben, so kann man das Gefühl, das der Wetzertag der Merseburger Sportgemeinde gestern zeigte, nicht gerade als ein übermäßig freundliches anprechen. Gerade in der Zeit der Spiele regnete es, wenn auch nicht stark, aber dennoch so, daß es den Gang der Spiele unangenehm beeinflusste, denn der glatte Boden war nicht gerade ein Moment vorteilhafter Art. Trotzdem wollen wir froh sein, daß die Spiele ganz zum Austrag gekommen sind. Hoffen wir für die kommenden Sonntage auf besseres Wetter! Die Resultate der Merseburg gestern wieder herauszuheben, sind durchaus günstig und geben Zeugnis ab von der Spielfähigkeit der hiesigen Mannschaften; über die einzelnen Spiele folgen Berichte unserer eigenen Berichterstatter:

### V. F. V. (Viga) — Preußen-Magdeburg 5:0 (1:0).

Wieder ein hoher glatter Sieg gegen einen starken Gegner, ein Erfolg, welcher der Spielfähigkeit des V. F. V. ein beachtliches Zeugnis ausstellt! Denn Merseburg spielte mit 4 (1) Mann Ersatz, der sich aber durchweg recht gut bewährte. Offen gestanden hatte man von Magdeburg etwas mehr erwartet, die Mannschaft enttäuschte, besonders im Sturm, während die Hintermannschaft recht gut auf dem Felde war und bis zur Halbzeit nur einen Erfolg Merseburgs, eine schöne Einzelstellung von Dietzmann, nicht verhindern konnte. Nach Seitenwechsel verhängte V. F. V. das Tempo, der Sturm schoß und konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit vier weitere Tore bauen, denen Magdeburg nicht einmal das Gegenstück entgegenlegen konnte, weil es dem Sturm an der nötigen Durchschlagskraft fehlte, und weil Schenit im Merseburger Hellstum alles, was das Tor in Gefahr bringen konnte, z. T. mit Bravour rettete. Schenit war der beste Mann der Hintermannschaft, für Seitenwehr spielte eine neue Kraft, die ihre Pflicht tat, wenn auch nicht übererregte. Göbe in der Verteidigung war z. T. recht unsicher, er hat schon bessere Spiele geliefert. Schiedsrichter Scherf (Vorfälle) zeigte sich entschlossen und sicher in seinen Entscheidungen.

### 99-Merseburg — Germania-Cassel 1:1 (0:1).

Weißdeutsche Viga in Merseburg! Gegen 99, die nun neuerdings wieder in der 1. Klasse spielen sollen! Eine bittere Entscheidung für diesen Verein, der gerade durch seine letzten Ergebnisse zweifelsfrei bewiesen hat, daß er ligafähig ist! Dieser Beschluß des Verbandsvorstandes (s. unten) trug neben den Witterungsverhältnissen und dem eingeleiteten Ersatz zweifelslos dazu bei, den Siegeswillen in der Mannschaft nachteilig zu beeinflussen, das zeigte sich im gestrigen Spiel. 99 lieferte nicht das glänzende Spiel des vergangenen Sonntags, immerhin kann man dies Unentschieden gegen diese spielfähige Elf als ein sehr ehrenvolles Resultat bezeichnen! Denn die Casseler Mannschaft stellte eine durchwegs schnelle, überaus überlegene Elf ins Feld, die ihre Hauptstärke in dem wirklich hervorragenden arbeitenden Torwart hatte. Er hielt, was aufs Tor kam, erst eine Minute vor Schluß mußte er einen scharf platzierten Schuß von Wolfing passieren lassen! Kurz vorher hatte er einen

Bombenschuß von Mai, der die letzte Zeit als Mittelstürmer fungierte, aus allernächster Nähe mit aufsehender Bravour zur Ecke abgeleitet. Sein Antischießer Meißner war gleichfalls sehr gut auf dem Posten: Meißner hat Anlagen zum Torwart, das bewies er gestern wieder: durch seine Schnelligkeit, verbunden mit der nötigen Entschlossenheit, ist er manchen anderen über. Das Selbsttor des rechten Verteidigers, das durch 12\* Weine mit Hilfe des Fußens endlich ins Netz lanciert werden konnte, war für ihn eine völlig aussichtslose Sache. Die 99er Käuferreihe haben wir schon besser gesehen, ebenfalls den Sturm, in den sich Stahl als Ersatzmann nicht recht hineinfinden konnte. Er war zu langsam. Dennoch war das Spiel stets offen und für 99 teilweise sogar überlegen. Bei voller Mannschaft hätte Merseburg den Gegner wohl sicher geschlagen, es blieb es nur bei einem ehrenvollen Unentschieden, das uns aber wiederum beweist, daß 99 gegen Ligamannschaften recht wohl antreten kann. Professor (Vorfälle) war dem Spiel ein sicherer und einwandfreier Richter.

### Preußen-Merseburg 1 — Spielvereinigung-Neumarkt 6:2 (4:2)

Unter sicherer Leitung von G. Wuttke (99) errang Preußen einen glatten, dem Spielverlauf auch verdienend Sieg. Preußen zeigte sich während der ganzen Spielzeit als der besonders tatföhrig überlegene Gegner, wenn auch keineswegs verkannt werden konnte, daß auch der Gegner in seinen Angriffen hienwollen Anlage besitzt. Der glatte Boden ließige des Siegens beeinträchtigte die Leistungen fast. Bei Preußen gestief besonders der Halblinke und Deemann im Sturm, gute Leistungen, zeigte auch der linke Käufer. Bei Neumarkt, die mit mehrfachen Ersatz spielten, konnten Halblinke und Mitteläufer gefallen.

### Vereinsnachrichten.

**Vereinsnachrichten 99:** Die 3. Mannschaft von 99 lieferte gegen Großenbrunn 1 das fällige Rückspiel und verlor knapp 2:3. Die glücklichere Mannschaft gewann das Spiel.

**Rückspielverein Germania-Merseburg** spielte gestern mit seiner 2. Mannschaft in Viga gegen Eintracht 1. und gewann 6:5 (3:1). Für den Vorliegen sorgte der Ersatztorwart von Germania mit, der aus der 4. Mannschaft war und noch nie im Tor gehalten hatte. — Germania 3. gewann gegen Nordwärts 3. Rößchen 2:1.

**Weitere Fußballresultate vom Sonntag.** — Mitteldeutschland — Norddeutschland 5:2 (2:2). Spiel. Leipzig gegen Kräfte Witt-Magdeburg (Platzweibe) 8:1, Wader Halle gegen Wader Müdingen 0:4.

### Die Jugendigkeit der sechs weiteren Fußballmannschaften, darunter auch Sportverein 99 Merseburg 1 zur Saalekreisliga noch nicht entschieden!

Der Verbandstag beschloß sich schon am vergangenen Freitagabend mit der Liga-Frage im Saalekreis und erkannte den Einspruch der alten Liga-Vereine, daß die Einberufung

des 3. Freitagfundenen außerordentlichen Kreisstages nicht formgerecht erfolgt sei, an.

Gegen diese Entscheidung ist, wie aus dem Sportverein 99 mitgeteilt wird, Berufung beim Deutschen Fußballbund eingeleitet worden.

Auch hier in Merseburg ist dieser Beschluß von einschneidender Bedeutung: Der Sportverein 99 war als Saalekreismitglied durch die Erhöhung in die Liga aufgerückt und müßte nun, wenn die Berufung beim D. F. B. ohne Erfolg ist, wieder in die erste Klasse zurückkehren. Gerade für diesen Verein bedeutet diese Entscheidung insofern eine gewisse Härte, als diese Mannschaft schon wiederholt gegen starke Gegner glänzende Resultate herausgeholt hat. Das Urteil der Merseburger Mannschaft über die 99er Elf, das wir kürzlich veröffentlichten, wird allen Lesern noch im Gedächtnis sein. Es wurde für die Spielfähigkeit der 99er Mannschaft zweifelslos einen Beleg bedeuten, wenn sie wieder in der ersten Klasse spielen würde; denn lernen kann man nur an starken, an besseren Gegnern!

### Großkampftag der Deutschen Turnererschaft in Freyburg a. U.

Schäfer-Offen erringt den ersten Jahm zum dritten Mal und erringt damit endgültig den hantischen Wanderpreis. (S. Berichtserstattung.)

Das 17. Jahmturnieren, gleichzeitig als Erinnerungsturnieren an den Altmeister Jahm im Jahre 1901 gehalten, fand gestern in Freyburg a. U. unter großer Beteiligung der besten vollstündigen Turner der deutschen Turnererschaft statt und dürfte als wohlgelungen bezeichnet werden. Der am Sonntagabend abend bevorstehende Begrüßungsabend im „Zanbhaus“ nahm einen glänzenden Verlauf. Punkt 10 Uhr begannen am Sonntag vormittag die Wettkämpfe mit dem Zehn- und Spielplage am „Schützenhaus“, zu deren Austragung etwa 400 Teilnehmer aus allen Gauen Deutschlands herbeigekommen waren. Die Wettkämpfe waren musterhaft und riefen bei den weit über 2000 anwesenden Zuschauern lebhafteste Beifallsstürme hervor. Jeder letzte von Mittag ab ein Turner gegen ein. Trotzdem wurden die Kämpfe ohne Störung durchgeführt. Der erste Sieger, Schäfer-Offen, errang mit 122 Punkten zum dritten Male die hantische silberne Wanderplakette, nachdem seine Hauptrieble, der Deutsche Zehn- und Juchst-Kampfmesser Rudolf Rößler-Breslau, infolge einer Verletzung ausfallen mußte. Zweiter Sieger ist Rößler-Breslau. Möbius, der beste Stabholmspringer der Deutschen Turnererschaft, wurde vom Publikum besonders reich mit Beifall belohnt, als er die Höchstleistung 3,40 Meter glatt vollbrachte. Der Siegerveränderung etwa um 1/2 Uhr, an der Grabstätte Jahms, ging eine erhebende Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen Turner an dem erst kürzlich eingeweihten Gedenkstein der Deutschen Turnererschaft voraus. Auch Merseburger nahmen an diesem großen Turnen teil, wenn auch die

Beteiligung hätte größer sein können, so waren ihnen doch schöne Erfolge beschieden.

**Nikaro Wenzel (M. T. S.) 9. Sieger** mit 45 Punkten, Altersstufe 46 bis 50 Jahre und die Turnerin

**Martha Eisenhut (M. T. S.) 18. Siegerin** mit 43 Punkten. Trotz des ungünstigen Wetters wurden wieder ausgezeichnete Leistungen hergebracht: Stadtsportjugend: Möbius (Zaalfeld) 3,40 Meter; Steinböhm: Rudolf Rös, (Breslau) 8,80 Meter; 7-Meter-Kant für Turnerinnen: Gertr. Kaufmann (Do. Weimar) 9,6 Sek.; Dorschprung für Turnerinnen: drei Turnerinnen je 1,35 Meter; Augenhöhe für Turnerinnen: Elise Enders (Do. 1861 Rudolstadt) 8,40 Meter.

Der glänzende Verlauf bürgt für ein weiteres Fortwärtsschreiten der Deutschen Turnerschaft. Unseren heutigen Siegen „Gut Heil“.

#### Jahn-Feier in Reußthun.

Berlin, 14. August. Auf dem ersten Berliner Turnplatz in der Salzenbude fand am Sonntag die Jahn-Feier zum Gedächtnis der vor 50 Jahren erfolgten Enthüllung des Jahn-Denkmal, verbunden mit den Kämpfen um die im Scheffeldorff-Platz der Deutschen Turnerschaft statt. Aus vielen Gauen Deutschlands hatten sich Vertreter eingeschunden. Auch von der Deutschen Turnerschaft zu Chicago waren einige Vertreter eingetroffen, die 100 000 Mark zur weiteren Erhaltung des Jahn-Denkmal spendeten. Die Berliner Turnerschaft gewann die Scheffeldorff-Platz.

**Fußballspiele.** Gestern spielte die 1. Fußballmannschaft des Germania-Sportvereins auf einer Einladung der Klosterschule Köstebitz hin, dieselbst gegen die gleiche dortige Mannschaft und konnte sie nach interesselosen aber scharfen Kämpfe 4:4 Angaben schlagen.

Die 11. Deutsche Rudereisenschaft in Trier fand gestern einen glatten Verlauf. Bei mäßigen Wetter und schwachen Winden klappte die Organisation vorzüglich bis auf einige Kollisionen während der Rennen. Die Ergebnisse sind folgende:

- 1. Rudereis ohne Steuerfrau: 1. Rudereisegesessen 6:39,4. 2. Germania Köln 6:40,2. — Einer: 1. Vier-Ringler Berlin 7:33,2. 2. Dr. Reinhold-Germania Regal 7:40,4. — Zweier ohne Steuerfrau: 1. Röhler Club für Wasserport 7:16,6. 2. Germania Köln 7:17. — Doppelzweier ohne Steuerfrau: 1. Berliner Reichs-Ruderverein 6:57,4. 2. Rudereisgesellschaft Cassel 6:13. 3. Sport-Vorwärts Berlin 6:59.

Die deutschen Meisterschaften im Schwimmen 1922. Bei den deutschen Meisterschaften sind hervorragende Leistungen und überraschende Ergebnisse geistigt worden. ein Bockels, welchen großen Aufschwung der deutsche Schwimmport genommen hat. Der vorausgegangene Jugenitag brachte guten Sport. Der erste Tag brachte einen Rekord von Benede im Schwimmen: Zeit: 1:11,4. Magdeburg 96 gewinnt die Weltmeisterschaft. Der zweite Tag bringt wiederum einen beachtenswerten neuen Rekord über 100 Meter. Reinhold (Götting) schwimmt 1:00 Meter in 1:32. Das Wasserballspiel um die Meisterschaft von Deutschland gewinnt „Wasserfreunde“ Hannover mit 2:6 (2:0) gegen „Ner“ Heidelberg. Von Heidelberg hatte man mehr erwartet. Später am Tag, der bekannte Fußballspieler in Tor, war wie immer lebend.

**Wettkämpfe.** An beiden Tagen bekamen die zahlreich erschienenen Zuschauer schöne Feilder zu sehen. Großen

Sport geleitet die Endkämpfe. Das Hauptereignis des Tages war der dem Zuschauer vorbehalten, Preis von Thüringen, zu dem sich neun Pferde dem Ziele stellten. Gewinnt den Preis von Thüringen.

Gen war gleich mit Bängen im Front und ließ sich ihre Gegner bis ins Ziel niemals zu nahe kommen.

**Ueberrundung im Großen Berliner Jagdrennen.** Im großen Berliner Jagdrennen im Karlshorst errang der 16-jährige Halbblüter „Bot“ einen leichten Sieg bei dem Schwärzer über 5000 Meter fahrenden Ausgelschlagenden, das seinen wenigen Anhängern die farbige Laute von 500:10 einbrachte.

#### Karlshorner Unglücksfälle.

Im Großen Berliner Jagdrennen kam Sieg so unglücklich zu Fall, daß er die Spurter drack und erschollen werden mußte. Josef P. Koniak zog sich bei seinem Sturz mit Dicht-Spize in dem atischen Reiten eine Gehirnerschütterung zu. Er mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

## Politische Rundschau

### Rechenbach Verhaftung.

Der in Halle verhaftete frühere Sekretär Kurt Eisners, Fritz Rechenbach, wohnt seit 6 Wochen in Halle und zwar im sozialistischen Gewerkschaftsbau. Er hielt sich aber von jeder politischen Betätigung zurück. Seine Absicht war, nach Argentinien auszuwandern, und er bemühte sich auch um einen Paß. Aber die Ausstellung des Passes verzögerte sich, da eine Ausreisegenehmigung aus München nicht gleich zu beschaffen war. Schließlich hat Rechenbach dann doch den Paß erhalten. Da erfolgte seine Verhaftung auf Anordnung des Münchener Volksrichters, das Münchener Kriminalbeamte nach Halle entsandt hatte. Rechenbach verlangte zunächst, daß man ihn den hiesigen Untersuchungsrichter vorführe. Das geschah auch, jedoch erklärte der Untersuchungsrichter, er sei für diesen Fall nicht zuständig. Darauf wurde Rechenbach von den Münchener Kriminalbeamten nach München gebracht.

Die Münchener Behörden behaupten die allergrößte Zurückhaltung. In der Verhandlung vom 27. April im Sachen Rechenbach gegen Gohmann bestand Rechenbachs Rechtsbeistand darauf, daß ein bis dahin der Leichtigkeit nicht bekannt gewordener Brief des Grafen Rechenbach, des früheren hiesigen Reichstages, in Berlin schon an diesem Tage in der Verhandlung vorgelesen wurde, während die Berechnung, die sich auf den Brief bezog, wie bereits vom Vorsitzenden bekannt gemacht war, erst am nächsten Tage stattfinden sollte. Dieser Umstand und der weitere Umstand, daß während dieser Verhandlung im Gerichtsaal Büstenabzüge der unabhängigen „Münchener Post“ vorgelesen wurden, in denen der Brief abgedruckt war, scheinen das hauptsächlichste Material für die Behauptung zu bilden, daß der Brief an diesem Tage nach dem „Tempo“ übermittelt worden sei, was er in wörtlicher Uebersetzung und genauer Inhaltung der Worte und der Unterscheidungszeichen usw. am nächsten Tage im Aktenblatt zu lesen war. Nach den „M. N. N.“ gehören diese Stühle mit zum Verdachtsmaterial; sie seien aber, wie dem Blatt berichtet wird, keineswegs das einzige Material, das zum Erlaß des Haftbefehls geführt habe. Der Verdacht greife vielmehr weiter aus.

**Die Eisenbahnorganisation der deutschen Mittelstaaten.** Eine Währungsänderung anlässlich der Deutschen Filmwoche Besprechungen zwischen dem Reichverband Deutscher Filmtheaterleiter, dem Zentralverband Deutscher Filmtheater und der Süddeutschen Filmtheatervereinigungen statt, in denen

beschlossen wurde, eine Eisenbahnorganisation der gesamten deutschen Filmindustrie zu schaffen, die die gemeinsamen Interessen der Rechner gegenüber vertreten soll.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, der unter anderem angehören: Direktor G. Schilling, Rechtsanwalt Dr. Spengler, Rechtsanwalt Dr. Wandersleben, die den Auftrag erhielten, einen Satzungsentwurf anzufertigen, der Anfang Oktober in Berlin unter Mitwirkung aller anderen Filmverbände durchberaten und zum Beschluß erhoben werden soll.

Damit wird eine Forderung erfüllt, die in den letzten Jahren immer wieder von allen einflussreichen Filmleuten erhoben worden ist.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verabreichung des Schutzes für Jugendliche von 18 auf 16 Jahre gefordert wird mit der Begründung, daß sonst die Jugendlichen in Vergnügungstätten getrieben werden, die nicht selten unter dem Niveau des heutigen Kinos ständen. Weiter wird Schutz verlangt gegen ungesunde Ueberwärmungsmaßnahmen der Gemeinden und es wird Bewachung eingesetzt gegen die Verunglimpfung des Kinos. Ein Antrag, der sich gegen unzulässige und unanständige Plakate wendet, wurde angenommen.

### Auf die im Freistaat Thüringen herrschende Partei

wirft die Anfrage des deutschen nationalen Abg. Graf-Thüringen weiteres Licht.

Die Regierung des Freistaates Thüringen hat durch Verfügung vom 25. Juli 1922 von den nicht fest angelegten Beamten und den Angestellten folgende „Eideskataloge“ veröffentlicht: 1. Der Untersucherte erklärt hiermit eidesstattlich und ehrenwörtlich, daß er weder einer der auf Grund der Verordnung des Thür. Ministers des Innern vom 13. 7. 22 (Gesetzsammlung f. Thür. Nr. 25, S. 225) zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 2. und 24. Juni 1922 im Lande Thüringen verbotenen Vereinigungen, noch einer sonstigen monarchistischen und antirepublikanischen Vereinigung angehört hat.

2. Außerdem verpflichtet er ebenfalls, daß er vorbehaltlos auf dem Boden der republikanischen Verfassung des Reichs und des Landes Thüringen steht und antirepublikanische Bestrebungen weder unterstützt hat noch unterstützen wird.

Diese Verfügungen stellen einen gründlichen Vorstoß gegen die verfassungsmäßig genehmigte Qualifikationsfreiheit und Gewerkschaftsfreiheit dar, der um so unangeleglicher ist, als die eidesstattliche Versicherung sich auch auf die Vergangenheit zurückbeziehen soll. Was denkt die Reichsregierung zum Schutze der bestehenden Reichsverfassung zu tun? Ich bitte um schriftliche Antwort.

### Die Maßnahmen zur Bewältigung des Herbstverkehrs der Eisenbahn.

Ueber den Entwurf des Reichsverkehrsministeriums, der zur Bewältigung des Herbstverkehrs der Eisenbahn besondere Maßnahmen im Form von Plänen für erhöhte Dienstleistungen des Personals vorseht, haben Verhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Organisationen sowie des Hauptbeamtenausschusses und des Hauptbetriebsrates der Eisenbahn stattgefunden. Von gewerkschaftlicher Seite wurde gegen den Entwurf grundsätzliche Einsprüche erhoben mit dem Hinweis, daß diese geplanten Maßnahmen nur als ein unzulängliches Hilfsmittel betrachtet werden können. Angeleglich dieser Haltung der Organisationen, sind die gestrigen Verhandlungen zunächst ergebnislos verlaufen.